

Keine neuen Ansätze für saubere Luft in Limburg

Plan Ideen aus Wiesbaden bringen Stadt nicht weiter

Von unserem Mitarbeiter
Dieter Fluck

■ **Limburg.** Das war eine herbe Enttäuschung für die Limburger Mandatsträger und Bürger: Das hessische Umweltministerium legte nun den Entwurf eines Luftreinhalteplans für die Stadt im Rathaus vor. Davon hatten sich die Limburger neue Ansatzpunkte versprochen, wie die starke Luftverschmutzung in der City in den nächsten Jahren eingedämmt werden könnte.

Insbesondere die deutlich über dem Grenzwert gemessenen Konzentrationen des giftigen Stickstoffdioxids NO_2 in der Frankfurter Straße, Diezer Straße und an der Schiede zwingen die Verantwortlichen zum Handeln. Limburg ist nach der europäischen Gesetzgebung zur Aufstellung eines Luftreinhalteplans verpflichtet (wir berichteten). Mitte März hatte das Stadtparlament vor der Kommunalwahl Vorschläge für Maßnahmen auf den Weg gebracht, die in den Entwurf aus Wiesbaden auf-

genommen wurden. Nun hat Christian Reuter aus dem Umweltministerium noch einmal bestätigt, dass 80 Prozent des Stickstoffdioxids vom Verkehr verursacht werden und jeweils nur 10 Prozent von der Industrie und den Gebäudeheizungen.

Reuter kommt – wie vorher schon viele andere – zu dem Ergebnis: „Beim Verkehr muss angesetzt werden.“ Der Entwurf schlägt vor, Ampeln verkehrsabhängig zu schalten und damit den Verkehr flüssiger zu machen. Das könnte das NO_2 um 10 Prozent reduzieren. Auf den innerstädtischen Bundesstraßen wird die Durchfahrtsbeschränkung für Lkw vorgeschlagen, ebenso der Bau einer Umgehungsstraße. Verschärfte Euronormen für Motoren werden sich laut Reuter erst in vielen Jahren entlastend auswirken. Selbst wenn diese und weitere Maßnahmen Wirkung zeigen würden, läge Limburg weiter über dem Grenzwert.

Damit steht die Stadt im Herbst mit ihrem Luftreinhalteplan da, wo sie schon im Frühjahr war. Erster Stadtrat Michael Stanke sagte: „Wir nehmen den Entwurf zur Kenntnis, halten ihn aber für völlig unzureichend. Die Verwaltung ist enttäuscht über die Wirkung der Maßnahmen. Wir wollen den Einbau

der Verkehrsrechner im kommenden Jahr. Ein weiterer Schritt wäre die Aufnahme der Südumgehung in den ‚vordringlichen Bedarf‘ des Bundes. Der große Knackpunkt ist das Lkw-Fahrverbot für Teile der Innenstadt. Wir sind enttäuscht, dass dies nicht mit den zuständigen Behörden und dem Regierungspräsidium besprochen wurde. Das nehmen wir so nicht hin.“

Auf die Frage des Stadtverordneten Dr. Marius Hahn (SPD), ob es unter diesen Umständen dienlich sei, die Werkstadt zu erweitern und täglich weitere 3500 Fahrzeuge anzuziehen, sagte Reuter: „Das ist Sache des Bebauungsplans.“ Unbeantwortet blieb die Frage von Achim Waldherr (CDU), warum nicht die Umlegung des Lkw-Verkehrs über den Anschluss Diez auf die A 3 in den Plan aufgenommen wurde. Werner Laux (FWG) sagte: „Wir haben den meisten Lkw-Verkehr aus den Diezer Gewerbegebieten. Dort geht keiner auf die Barrikaden.“ Er regte an, auch die Luft im Bereich der Nordstadt zu prüfen. „Dort ist noch nie gemessen worden.“

Ein Zuhörer vertrat die Auffassung: „Schaefer Kalk transportiert jährlich 250 000 Tonnen Material aus Hahnstätten nach Steeden. Die könnten doch über die Schiene rollen.“ Auch die Reaktivierung der Aartalbahn wurde ins Gespräch gebracht. Bürgermeister Martin Richard gab zu bedenken: „Es gibt jetzt schon täglich mehr als 100 ÖPNV-Verbindungen zwischen Limburg und Diez.“ Zum zunehmenden Verkehr durch die Erweiterung des Recyclingbetriebs Schuy sagte Richard: „Die immissionschutzrechtliche Genehmigung hat der Regierungspräsident erteilt.“

Entwurf des Plans liegt im September zur Einsicht aus

Das Ministerium plant die Offenlegung des Entwurfs für September. Dann können alle Interessierten Anregungen und Informationen geben. Auch die Stadt ist

gefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Die Vorschläge werden im Umweltministerium berücksichtigt. Dann wird der Entwurf dem Bund zugeleitet und

geht von dort zur EU, dem Urheber des Luftreinhalteplans. Ist der Plan erst einmal festgestellt, so ist er rechtsverbindlich und seine Einhaltung kann eingeklagt werden.